

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

277 (27.11.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postalter 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonizelle od. deren Raum 30 S., Reklamen 1.-M., zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Sofa-Anzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Die deutsche Antwort an die Entente.

Note der Reichsregierung wegen der Kriegsgefangenen.

WTB. Berlin, 26. Nov. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente mit folgender Note geantwortet, die heute in Paris übergeben wurde:

Auf die am 21. November in meine Hände gelangte Note vom 15. November betr. die Heimführung der Kriegsgefangenen aus Frankreich befreie ich mich Gv. Erzelenz im Auftrage meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

1. Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die Agence Havas am 29. August veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautet:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu lindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubaitieren. Die Arbeit der Heimführung (Operation de Repatriement) werden sofort beginnen und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, der nach Inkraftsetzung des Vertrages ein deutscher Vertreter beigesgeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihm obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen habe, weil die deutsche Regierung oder das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. Eine solche Zurücknahme hätte ja zum mindesten auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abzugeben zu haben.

Diese widerspruchsvolle Haltung ist umso unverständlicher, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Jugendland war, das aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Jugendlandnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach.

Es handelt sich dabei einmal um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Bergarbeiters Manheim. (Die Note behandelt nochmals die betreffenden Verhandlungen. Die Red.)

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr verlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrage bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen.

Die Note vom 15. September beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimführung der Kriegsgefangenen zu bestreiten, sondern legt ausführlich dar, aus welchen Gründen die französische Regierung auch nicht gewillt ist, freiwillig vor der Inkraftsetzung des Friedensvertrages mit der Heimführung zu beginnen. Die Ausführungen stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die Kriegsgefangenen sind es, an die sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält.

Im Widerspruch mit den Grundsätzen des Edelmut und der Menschlichkeit, die die französische Regierung stets als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen als Schuldlose für die vermeintlichen Verfehlungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür haften, daß die französischen Wünsche erfüllt werden.

Diese Politik muß umso schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie stehen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegesrechts, das mit erbarmungsloser Strenge gehandhabt wird. Kleidung und Unterbringung werden vielfach für die kalte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen noch von dem Verkehr mit der Heimat abgeschnitten.

Angesichts der klaren Sachlage, die durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, konnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um

keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes dazu zu bemerken:

Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgesehnt, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegesgesetze angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung der vertraglichen Verpflichtungen auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstellen, und ohne einen förmlichen Antrag zu stellen, die alliierten und assoziierten Regierungen gebeten, zu erwägen, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen ließe. Uebrigens hat sie diese Schritte getan, ehe die Note an die alliierten und assoziierten Regierungen vom 2. November in ihre Hände gelangte.

In der Note wird gefragt, wie sich wohl die die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringendsten Aufbaumarbeiten bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen würden. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie es die Note zu verstehen gibt. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Regierung ein Herz für das Glend der Kriegsgefangenen hat, und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückergewinnen, statt sie in hartem Fronddienst für Handlungen büßen zu lassen, für die sie keine Verantwortung trifft.

No. maßgebender französischer Seite ist seit dem 11. Juni wiederholt festgestellt worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete verknüpft werden solle. Darum, daß noch immer kein erwünschtes Abkommen über die Vereinfachung deutscher Militärstrafe aufgefunden worden ist, trifft die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit erklärt, deutsche Militärstrafe für den Wiederaufbau zu stellen und hat in der sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art der Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurde im Falle die bereits zur Unterzeichnung des Vertrages begonnene Vorbereitung zur Entsendung der Arbeiter auf das effizienteste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem Laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung behauptet, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchen der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu besprechen, in denen die Wiederaufbauarbeit von deutschen Arbeitern ausgeführt werden soll.

Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens verzögert hat, Deutschland hat kein Ausherkes getan, um den unerhörten Ansprüchen, die durch dieses Abkommen gestellt wurden, gerecht zu werden. Die deutsche Regierung verweist darauf, hier die vielen schweren Uebergänge und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch die der Waffenstillstand von ihren Gegnern verletzt worden ist. Sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerecht urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Rechte Klagen hätten geführt werden können. Auf die Angelegenheit der Versetzung der Kriegsgefangenen in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Auch die Frage der Räumung der baltischen Provinzen braucht hier nicht behandelt zu werden, da sie zur Zeit von der internationalen Kommission unter Führung des Generals Nessel einer Prüfung unterzogen wird, deren Ergebnis abzuwarten ist.

Bei dem Vorwurf, den die Note wegen der „deutlich bis heute aufrechterhaltenen Artikel“ der deutschen Reichsregierung erhebt, handelt es sich um eine längst erledigte Angelegenheit, in der die deutsche Regierung alles getan hat, was die alliierten und assoziierten Regierungen von ihr verlangt hatten.

Zu der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit ungeheuren Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten. Die deutsche Regierung kann nur ihr Bestreben darüber aussprechen, daß solche Märchen glauben finden und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werde. Sie hofft, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tage dringender wird, und in der Deutschland auf das Mitgefühl aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

Klassenkampf oder Klassenkampf?

Die durch den Weltkrieg in Deutschland hervorgerufenen trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse sind fast unerträglich geworden. Die Geldentwertung hat die Kaufkraft auf ein Maß herabgedrückt, das kaum noch überboten werden kann. Der Notenumlauf hat die gewaltige Summe von 41 Milliarden Mark erreicht, während der Goldbestand der Reichsbank auf eine Milliarde gesunken ist. Was das bedeutet, wird klar, wenn wir die anhaltende Preissteigerung für alle Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände, die nach einem vorübergehenden Preisrückgang sich bemerkbar macht, uns vor Augen halten. Die Erbitterung darüber erfährt immer weitere Volkskreise und nimmt täglich schärfere Formen an. Angesichts dieser Zustände ist es für die Kriegsheber im reaktionären Lager ein dringendes Bedürfnis, die Schuld von sich auf andere abzuwälzen. Wie so oft in der Geschichte, sind es die Juden, die das Opfer ungerichteter Verfolgungen auf sich nehmen müssen. Die Giftsaat, die durch zahllose Flugblätter ausgestreut wird, beginnt ihre Wirkung zu zeigen. Auf der Eisenbahn wie überhaupt im Verkehr, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, wird die Judenfrage, die zu einer Judenfrage geworden ist, eingehend erörtert. Die Juden haben sich von der militärischen Dienstleistung gedrückt, sie haben in den Kriegsgesellschaften einen unheimlichen Einfluß ausgeübt und sie sind es, die gegenwärtig die Regierungsstellen inne haben, so hört man es in steter Wiederholung.

Gegen diese Verschleierung der Schuldfrage muß die Klassenbewusste Arbeiterschaft mit allen Mitteln ankämpfen; denn nicht einen Klassenkampf führt sie, sondern nach wie vor den unerblicklichen Klassenkampf. Der von Karl Marx verfochtene Gedanke, daß die bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, trifft erst recht für die gegenwärtige Gesellschaftsperiode zu, so sehr auch die durch eigene Schuld in ihren Grundfesten erschütterte Klasse das bestritt. Die kapitalistische Entwicklung mit ihren traurigen Begleiterscheinungen: Unterjochung fremder Völker, Anhäufung von Reichümern auf der einen und Erzeugung von Massenelend auf der andern Seite, haben zu kriegerischen Verwicklungen geführt und auch den letzten und furchtbarsten aller Kriege über die Menschheit gebracht. Die fabelhaften Militärischen waren ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung und sie haben in ihrem feudalen Offizierskorps streng auf Fernhaltung der Juden gehalten. Es gab keine jüdischen Offiziere beim Kriegsausbruch und den jüdischen Soldaten im Heere hatten die Stellvertreter Gottes auf Erden durch schwere Mißhandlungen auf dem Kasernenhofe die Liebe zum Militarismus gründlich ausgezogen. Zum Krieg gehegt haben die Juden also nicht, aber sie haben ihrer Vaterlandspflicht in der Stunde höchster vaterländischer Not genügt, genügen müssen. Oder nicht? Wenn Juden sich drücken konnten, wer hat daran schuld? In der monarchischen Regierung und in der Heeresleitung sahen keine Juden; die Kriegesgesetze waren streng und wurden doch anechnlich gerecht und unparteiisch gegen Christen und Juden angewendet, also... Aber dann die Kriegsgesellschaften. Auch sie waren eine Schöpfung der monarchischen Regierung, und wenn sie aus ihrer „kapitalistischen Haut“ nicht herauskamen, dann offenbarten sie eckel aller Welt die ganze Unfähigkeit der geistlichen Machthaber. Damit sagen wir nichts neues. Der Klassenkampf kannte keine Gerechtigkeit, er war zugeschnitten auf die Bedürfnisse einer Minderheit, die die Klänge der Gesetzgebung in den Händen hielt. Soweit demnach Juden sich schuldig gemacht haben, an den Volksverbrechen, die letzten Endes zu dem namenlosen Leid und Glend führten, kann es sich nur um einen einzigen Prozesz handeln, der zur bestehenden Klasse gehörte. Bleibt noch die große Zahl der Juden in der Revolutionsregierung. Niemals ist die Wahrheit mehr vergewaltigt worden als durch die Behauptung, die Juden führen jetzt das Regiment.

Ausgehend von dem Grundsat, daß bei der Teilnahme am politischen Leben, in der Verwaltung und Gesetzgebung, keine Rassen- und Geschlechtsunterschiede gemacht werden dürfen, ist auch den Juden der Aufstieg zu den Regierungsstellen ermöglicht worden. Das ist der Ausfluß einer wahren Gerechtigkeit, die im demokratischen und republikanischen Deutschland verwirklicht wurde. Entsprechend der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung ist der Prozentsatz der Juden in der Regierung ein geringer.

Die Tätigkeit der Regierung kann nur dann richtig beurteilt werden, wenn die veränderten Verhältnisse entsprechende Berücksichtigung finden. Vor dem Kriege war Deutschland ein wohlhabendes Land mit einer blühenden Volkswirtschaft. Heute wohnen wir in einem verarmten Lande mit einem zerrütteten

Deutsche Spar-B. ämnenanleihe 1919	Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark	Erste Gewinnziehung im März 1920
------------------------------------	-----------------------------------------------------------	----------------------------------

Seite 4. Café mber. rband obember. n Kol. ler ungen 8221 Goelheitz gen: egen der ubdringen. ilip. Uhr 10 lung. d tr. 133 ! 8236 ager. te. a. - Ver- des n. - binen chion ern. - es. - die aul- ster- vor- das ber. en

Wirtschaftsleben. Wie kam das? Die Volkskraft wurde durch Ueberanstrengung zugrunde gerichtet. Ein Beispiel: ein ge-
 sunder Mensch wird durch schwere Arbeit und ungenügende Er-
 nährung krank. Der Arzt verordnet Arbeitseinstellung und
 reichliche Nahrung. Durch Gesetz wird der Mann gezwungen,
 trotz des ärztlichen Gutachtens weiter schwere Arbeit zu ver-
 richten und sich ungenügend zu ernähren. Dann wird sehr bald
 die Stunde kommen, wo er erschöpft zusammenbricht und von
 keinem Arzte gerettet werden kann. Genau so liegt es nun
 mit dem Volk in seiner Gesamtheit. Der Krieg hätte viel früher
 beendet werden müssen, um den völligen Zusammenbruch zu
 verhüten. Das ist nicht geschehen und nun dürfte es sehr schwer
 sein, den todkranken Volkskörper gesund zu machen.

Angeht die Klassenbewusste Arbeiterschaft, einen Klassenkampf zu führen und damit den
 schuldigen Kriegstreibern Helfershelfer zu leisten. Gerade die
 Arbeiterklasse, deren hervorragende Vorkämpfer Marx und
 Lassalle im proletarischen Klassenkampf die größten persönlichen
 Opfer brachten, hat keine Ursache, sich an der Judenhetze zu
 beteiligen. Gerechtigkeit sollte früher das Fundament der
 Konstitution sein, sie war es nicht. Jetzt aber muß Gerechtigkeit
 das Fundament der Republik sein. Diese Gerechtigkeit erfordert
 Vermeidung des Klassenkampfes, dafür aber rücksichtslose Be-
 kämpfung der offiziellen Kriegstreiber, die Deutschland zu
 Grunde richteten.

Deutsche, helft den hungernden Volksgenossen in Deutsch-Oesterreich.

Von Georg Schöpflin.

Entsetzliche Bilder werden uns aus dem hungernden Wien,
 dem furchtbar leidenden Innsbruck und Graz über das herr-
 schende Elend berichtet. Die Kinder, Frauen und Kranken
 stöhnen dahin; täglich sinken junge Menschenkinder ins Grab,
 weil der brutale Hunger sie vernichtet. In den Städten sind die
 Männer der erwerbstätigen Bevölkerung bereits zu entkräftet,
 um nennenswert produktiv tätig sein zu können. Die Frauen
 sind Opfer des Jammers, die Kinder lebende Zeugen namen-
 loser Elende. Wien hungert und ist der Verzweiflung nahe;
 Wien friert und hunderte Tausende Proletarier drühen in dumpfer
 Verzweiflung dahin. Die Entente hat Deutsch-Oesterreich be-
 wußt in größtes Elend geschlagen, Hilfe leistet sie dem un-
 glücklichen Volke nicht. Frankreich denkt nur an die Sättigung
 seiner Nachsucht, Amerika und England sind nur besorgt, die
 imperialistischen Raubgierigkeiten zu befriedigen. Die fiebernden
 Augen unserer hungernden und tatsächlich auch verhungerten
 deutschen Brüder und Schwestern in Oesterreich sind auf Deutsch-
 land gerichtet. Nur bei uns, nur durch uns kann den
 unglücklichen Stammesgenossen die Hilfe vor dem Hungertode
 kommen.

Wir aber leiden selbst bittere Not. Das heißt die wer-
 tätigen Volksmassen leiden bei uns ebenfalls zum Teil bittersten
 Mangel und wir wissen nicht, wie es im Februar um unsere Er-
 nährung bestellt sein wird. Sagenen proffen und schwebeln be-
 stimmte Kreise des Volkes nicht nur bei überreichlicher Ernäh-
 rung, sondern auch beim Ueberfluß der erlesensten Leckerbissen.
 In den Badeorten tummelt sich massenweise ein Paradiesen-
 volk, wo die überflüssigen Lebenskräfte in geschlechtlichen
 Orgien sich betätigen. Und richtig ist auch, daß nicht nur die
 Agrarier, sondern in steigendem Maße auch die Bauern, im bis-
 her ungekannten Wohlstand stehend, durch ihre Raffgier täglich
 unsere Ernährungsnot erschweren.

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

Mit dieser Erzählung bringen wir unsern Lesern
 eine Weihnachtsgeschichte; aber keine von den gewöhn-
 lichen, trotz des gemühten Weihnachtsabends der drei
 vorzuerst. Dieser Weihnachtsabend hat nämlich eine
 Maus zuhause gebracht, indem sie die schlechte Tat eines
 schlechten Menschen offenbarte und somit das Schicksal
 des guten und christlichen Schneidergesellen Andersen nach
 am heiligen Abend zum guten führte. Eine Ratte sagt
 nämlich im Laufe der Erzählung: „Und dann sind die
 Menschen Geschöpfe, die uns Tieren am nächsten stehen;
 ja, sie sind in Wirklichkeit selbst Tiere, haben aber in ihrer
 Lasterhaftigkeit diese Würde entsagt.“ Und später bemerkt die
 rettende Maus: „Ist es nicht ein gutes Werk, ein an-
 deres Geschöpf zu retten, und wenn es auch nur ein
 Mensch ist?“ So sind die Geschehnisse der Tiere eng ver-
 woben mit dem Leben der Menschen, die in dem alten,
 grauen Gebäude, genannt das „Schwarze Schaf“ hausen.
 Eine eigenartige Luft liegt über der Erzählung; der
 Winter nicht nur ist durch sie hindurchzufühlen und auch
 das alte Gemäuer ist es nicht allein, das den Hintergrund
 bildet. Eine tiefe Menschenliebe klingt durch
 die ganze Erzählung mit ihren eigenartigen und doch so
 wahr und lebendig geschauten und gezeichneten Menschen,
 — eine Liebe klingt hindurch, die sich in der selbstmitleidigen
 Gestalt des Werkstuhls am Weihnachtsabend ausdrückt,
 in der Gestalt des Philosophen, an den sich die Maus bei
 der Entfaltung ihres Geheimnisses richtet. An dem wir
 die Augen unserer Leser besonders auf diese Gestalt und
 ihre Worte lenken, wollen wir den nordischen Dichter
 selber sprechen lassen.

Meister Grau.

Grau? Dieser Name kommt mir bekannt vor. Gibt
 es nicht einen Rechtsanwält Grau... und einen Journalisten?
 Oder vielleicht schreibt sich diese Familie an-
 ders?
 Nein, der Meister Grau, von dem hier erzählt werden
 soll, schreibt seinen Namen überhaupt nicht. Er sieht auch
 nicht im Adreßbuch, obgleich er einen eigenen Hanshalt
 hat und so vornehm ist, daß er immer einen Pelz trägt,
 allerdings Winter wie Sommer, gerade wie das verlor-
 bene Original. Er erzählt.
 Keiner in seinem Stadtviertel kennt ihn. Er geht selten
 bei Tag aus, kommt nie in ein Restaurant, kurz, er lebt
 nur seiner Familie.

in Wien, Innsbruck und Graz Hilfe bringen. Wir retten sie
 vor dem föpeliciden Zusammenbruch, wir retten die heran-
 wachsende Generation vor dauernder schwerster Gefährdung ihrer
 körperlichen Gesundheit. Wir haben die Not — in Wien aber
 hungern Frauen und Kinder. Sie haben täglich nur einen klei-
 nen Teil zur Nahrung von dem, was uns noch geboten werden
 kann. Die Nationalversammlung wird in Verbindung mit der
 Regierung eine Hilfsaktion einleiten. Es ist nicht viel, was wir
 geben können, aber das Wenige wird unsere Stammesbrüder
 vor dem Zusammenbruch retten. Da kann, da darf es kein
 Zaudern geben. Haben wir hungern müssen, weil der ent-
 fesselte Kapitalismus Verbrechen über Verbrechen in den letzten
 Jahren über uns gehäuft hat, so können wir um ein wenig auch
 noch härter entbehren, um Hunderttausende zu retten.
 Deutsche! In Wien hungern unsere Stammesgenossen!
 Arbeiter! In Wien stöhnen unsere Klassenbrüder!
 Ihr alle werdet zustimmen, wenn Regierung und Parlament
 Hilfe leisten. In dem materiellen und moralischen Chaos der
 Gegenwart sieht man so selten einen großen und erhabenden
 Zug selbstloser Solidarität. Wir in Deutschland wollen der
 Welt zeigen, daß wir zu einer solchen Tat auch mitten im tiefsten
 Elend fähig sind. Proletarier! Ihr, soweit Massen-
 bewußtsein euch erfüllt, ihr werdet dabei sein. Ihr Bürger-
 lichen, soweit ihr noch in besseren Verhältnissen euch befindet,
 helft schnell und reichlich den Hungernden in Oesterreich. Ihr
 Bauern, fort mit dem brutalen Eigennutz. Jetzt muß den
 Deutschen in Oesterreich, in wenigen Wochen vielleicht den
 Deutschen in Deutschland geholfen werden. Seid euch der Ge-
 fahr und Furchtbarkeit der Stunde und der Situation bewußt.
 Aus Wien gehen die Verzweiflungsdrufe zu Hunderttausen-
 den; aus dem todkranken Deutschland soll Hilfe kommen.
 Zeigen wir, daß die Orgien des Kapitalismus, des Militarismus
 nicht imstande waren, alles zu zerstören, was die Menschen
 abelt und was Menschenpflicht ist!

Der holländische Hilfszug.

Wien, 26. Nov. (Priv.) Bei der Ankunft des hol-
 ländischen Hilfszuges haben sich vereinigte Ge-
 nossen abgespielt. Der Leiter des Hilfszuges, Oberleutnant
 Goutmann, mußte den Zug mit vorgeschicktem Revol-
 ver gegen das Bahnpersonal verteidigen, um eine
 Verabreichung des Zuges zu verhindern. Von 20 Waggons
 sind 12 für Wien, die anderen für Budapest bestimmt. Mit den hol-
 ländischen Getreide sollen 10 000 Kinder den Winter über er-
 nährt werden.

Auf die richtige Bahn gelenkt.

Die Lebhaftigkeit und Beharrlichkeit, mit der unsere Partei-
 genossen die Einigungsparole ausgeben und verfolgen, hatte
 schon wieder zu bedauerlichen Irrtümern über die wirklichen
 Aussichten der sozialistischen Einigung geführt. Demgegenüber
 steht Genosse Meerfeld im „Vorwärts“ mit Recht fest,
 daß seitens der Unabhängigen nur ein ganz kleiner rechter
 Flügel zur Einigung bereit wäre, der ungefähr aus Kautsky
 und Restriepke und niemand sonst besteht. Aber noch viel
 besser wird die Lage dadurch beleuchtet, daß die „Freiheit“ der
 Redaktion der R. P. N. monach sich die Unabhängige Fraktion
 der Nationalversammlung mit der Frage der Einigung be-
 schäftigt habe, ein formelles scharfes Dementi entgegenstellt.
 Die U. S. P. legt Wert darauf, festzustellen, daß sie die Frage
 der Einigung überhaupt nicht erörtert hat.
 In der Tat vermögen wir nicht zu glauben, daß in ab-
 sehbare Zeit die Einigung zustande kommt. Die Führer der
 U. S. P. könnten sie nicht herbeiführen, selbst wenn sie wollten
 — dazu haben sie die Massen viel zu sehr gegen die allein mög-
 liche und allein vernünftige Haltung der Partei aufgebracht.
 Wie jedes geschlossene Land, wird auch Deutschland eine zer-
 splitterte und zerfallene Arbeiterbewegung behalten. Auch
 das ist wohl eine der unermesslichen Folgen der Niederlage.

von der alles Unglück stammt, unter dem wir leiden. Die
 Einigung kann sich erst dann wieder vollziehen, wenn die deutsche
 Arbeiterklasse wieder die Möglichkeit hat, mit vernünftigen und
 geschäftlichen Mitteln ihre Lebenslage zu verbessern, gegen-
 wärtig ist das bekanntlich durch den Verfall der Frieden voll-
 kommen ausgeschlossen. Solange dieser Zustand währt,
 und die Folgen des Verfall der Frieden werden wohl noch jahre-
 lang schwer zu tragen sein, so lange müssen erhebliche
 Teile der Arbeiterklasse sozialistischer, anarchistischer und
 bolschewistischer Verzweiflungsakt anheimfallen und eben-
 dadurch die Arbeiterklasse so schwächen, daß sie die Hauptlasten
 der Niederlage trägt. Die Einigung der Arbeiterklasse wird erst
 im Zeichen der Wiedererstarung und Wieder-
 gesundung des Landes erfolgen. Bis dahin werden wir
 nicht müde werden, zur Einigung zu mahnen, aber die Aussicht
 auf Erfolg wird leider gering bleiben.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 26. November.

Präsident Fehrenbach eröffnete 12 Uhr die Sitzung. Auf
 der Tagesordnung stehen Anfragen.

Es folgt die erste Beratung des vom Abg. Grünwald
 (Dem.) eingebrachten Gesetzentwurfes betr. Verlängerung
 des Patentrechtes und des Gebrauchsmuster-
 rechtes.

Abg. Vershoren (Dem.) begründet den Entwurf, der sich
 besonders auf die Patente bezieht, die im Krieg nicht ausge-
 übt werden konnten. Redner beantragt Verweisung des Ent-
 wurfes an den Ausschuß für Volkswirtschaft.

Abg. Landsberg (Soz.) stimmt der Ausschußberatung zu.
 Wir sind bereit, dieses Schicksal zu verlängern, aber nur für
 die, die ihr Recht infolge des Krieges nicht ausüben konnten.
 Für solche Personen, die den Krieg hindurch aus ihren Patenten
 großen Nutzen zogen, wünschen wir keine Verpflanzung.

Abg. Bursage (Ztr.) hat schwere Bedenken gegen den Ent-
 wurf aus rechtlichen und volkswirtschaftlichen Gründen.

Abg. Lattmann (D.N.) stimmt der Kommissionsberatung zu.
 Minister Dr. Schiffer: Der ablehnende Standpunkt meines
 Ressorts wird von mir nicht voll aufrechterhalten. Dem Vor-
 gehen anderer Länder müssen wir uns in diesem Falle an-
 schließen.

Abg. Beder-Bessen (D.N.): Meine Partei ist bereit, an der
 Ausgestaltung des Entwurfes mitzuwirken.

Abg. Cohn (U.S.): Meine Partei hat schwere Bedenken
 gegen den Entwurf; aber wir wollen uns der Ausschußbera-
 tung nicht entziehen.

Der Gesetzentwurf wird an den Ausschuß für Volkswirtschaft
 verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betr.
 Veränderung des Gesetzes vom 21. September
 1918 (Belagerungszustand).

Minister Dr. Schiffer begründet den Entwurf. Die Mil-
 itärverordnungen, die für den Belagerungszustand im Reich eingeführt
 worden sind, sollen auch für den Belagerungszustand der Län-
 der als Gesetzgebung gelten.

Abg. Cohn (U.S.) beantragt, die für Geldstrafen auf Grund
 des Belagerungszustandes zulässige Höchstgrenze von 5000 M
 auf 15 000 M zu erhöhen. Redner kommt sodann auf unrichtige
 Handhabung des Belagerungszustandes durch Militärbehörden
 zu sprechen. Vielleicht sei auch der Bitterfelder Streik
 auf diese Ursache zurückzuführen.

Abg. Dr. Schwab (Ztr.) stimmt der Vorlage zu.

Das Gesetz wird mit dem Antrag Cohn in allen drei Be-
 ratungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über Einschrän-
 kung der Einkünfte aus dem Strafregister, sowie Streichung
 von Vorstrafen.

Minister Dr. Schiffer: Das Gesetz soll den Gefangenen Ge-
 lenkenheit geben, sich wieder aufzurichten und sie nicht die Vor-
 strafen als einen Kette mit sich herumzuschleppen zu lassen.
 Abg. Landsberg (Ztr.) stellt mit seiner Partei dem Entwurf
 scharfste Bedenken entgegen und beantragt Verweisung an einen
 besonderen Ausschuß.

Wer Meister Grau sehen will, muß ihn in seinem Heim
 auffuchen. Der Zutritt dort ist nicht leicht. Es bleibt
 einem zu diesem Zweck nichts anderes übrig, als sich klein
 zu machen, und die meisten verstehen nur das Gegenteil.
 Außerdem bedarf es einer genauen Ortskenntnis, um
 allein den Eingang zu finden.

Der Weg zu Meister Graus Heim geht über einen
 Kellereingang, unter einem Ausguss hin, wo man sehr vor-
 sichtig sein muß, weil es von dort heruntertropft, an einem
 Schrichtofen vorbei und dann zu einer Ecke nach links. Viele
 Menschen haben den Zugang mit Glasstücken zu verstopfen
 versucht, aber mit einiger Gewandtheit läßt es sich schon
 außen herumzuschleichen.

Dann gelangt man in einen langen, in Windungen
 verlaufenden Tunnel, der nicht viel breiter als das Sand-
 gefäß eines Mannes ist, und wenn man bis dahin noch
 nicht geahnt hat, wohin es geht, so verrät einem jetzt die
 Nase, daß man sich einer Mäusewohnung nähert.

Am Ende dieses Ganges lag eines Abends ziemlich
 spät Meister Grau und plauderte mit seiner Gattin, die
 in der Mäusewohnung selbst auf einem Lager aus Papier-
 seiten und Sägelspanen ruhte.

Sie plauderten? ... Na, natürlich plauderten sie; es
 ist nur ein törichter Aberglaube, daß die Tiere einander
 nicht verstehen können. Aber während die Menschen ihr
 Mundwerk zu rechten und unrechten Zeit gehen lassen,
 brauchen sie sich nur anzusehen.

Sehen? ... Drunten unter dem Fußboden ... in
 einem Mauseloch? ... Gewiß! Sehen!

Wer wagt zu behaupten, daß es drunten bei Meister
 Grau dunkel sei? Wir sollten wahrscheinlich klüger sein als
 die Kinder, die die Augen schließen und dann sagen: Jetzt
 ist es dunkel! — Die Wissenschaft hat uns gelehrt, daß es
 Strahlen gibt, die Holz und Steine durchdringen wie
 Lichtstrahlen Fensterglas. Diese Strahlen sind für un-
 sere Augen unsichtbar, aber Meister Grau kann sie sehen.
 Und durch sie ist es in seiner Wohnung so hell wie draußen
 am Tag.

„Du gehst mich also heute abend zu verlassen?“ fragte
 Madame Grau.

Er warte nicht so ohne weiteres zu sagen, und darum
 nicht er bloß. Denn er hatte wirklich die Absicht, auszu-
 gehen.

„Du kennst doch meinen Zustand?“ fuhr sie fort.
 Wieder nicht er. Na, ja, er kannte Madames Zustand
 und wußte, daß dieser für seinen Plan nicht günstig war.
 Man konnte jeden Augenblick Familienzuwachs erwarten.
 „Und trotzdem gehst du?“ rief sie vorwurfsvoll.
 Er strich sich mit der Wote über die Schnauzborsten, um
 sich ein männliches Aussehen zu geben.

„Es handelt sich um wichtige Dinge, meine Liebe,“ er-
 widerte er voll Würde. „Du weißt, daß hier im Haus eine
 Plage ge-ten worden ist!“

„Und deshalb mußt du gleich von Frau und Heim for-
 laufen, um die Nacht in Gesellschaft zweideutiger Personen
 zu verbrachten, statt mich, wie es deine Pflicht wäre, zu
 beschützen? Du nimmst, ich bin schwach und ängstlich, eine
 arme Maus... und noch dazu eine Schicksalsmaus!“

„Dummes Pügel! Eine Maus bleibt eine Maus!“
 „Meine Mutter sagte immer, ich sei eine Schicksals-
 maus! Ich sei für etwas Besonderes bestimmt und nicht
 wie andere. Wäre ich nur ein armes, schwaches Weib,
 dann hätte ich nicht nötig, einen unwürdigen Mann um
 seinen Schutz zu bitten.“

„Mit dir ist nicht zu reden,“ knurrte er ärgerlich.
 „Begriffst du denn nicht, daß ich gerade deinetwegen...“
 „Du Heuchler!“

„Mein, ich verflüchere dir...“
 Mit zornig blickenden Augenlein erhob sie sich von ihrem
 Lager. Der kleine, verkümmerte Schwanz, der ihr einmal
 bei einem Unglücksfall in einer Türspalte abgeknippt wor-
 den war, peitschte in wilder Hasterei den Boden.

„So geh — geh!“ schrie sie.
 Meister Grau nahm sie beim Wort, machte hastig kehrt,
 und in dem Eingang zur Wohnung, wo man vorher seine
 spitze Schnauze gelehnt hatte, erschien jetzt sein schau-
 biger Schwanz, der sich vor Eifer wie ein kleiner Baum-
 wand und in den Gang hineinringelte.

Bei diesem Anblick hiß Madame Grau, die bis zuletzt
 gehofft hatte, daß sie ihn zurückhalten könne, jämmerlich.
 Meister Grau hörte sie von ferne, und da er sein gutes Herz
 nicht unnötig beunruhigen wollte, beicte er seine Schritte,
 um außer Hörweite zu kommen. Es wäre ihm nicht im
 Traum eingefallen, diese günstige Gelegenheit zu einem
 Ausflug auf eigene Faust auszugeben. Außerdem hatte
 er kein Abendessen bekommen und hoffte unterwegs einen
 guten Wirt zu finden.

Als die Dame merkte, daß er nicht zurückkam, berief sie
 in ein pfeifendes Säulchen, das schließlich in ein krampf-
 haftes, böserartiges Übergehn.

Wöllich hörte sie über ihrem Kopfe ein Geräusch, als
 ob jemand mit einer Handronne auf die Decke ihrer Woh-
 nung klopfte. Es war der Mann in der oberen Stube, der
 auf den Hochboden kramte.

„Jetzt bleibst du verdammte Viech schon wieder,“ hörte
 man eine grobe Stimme rufen.
 Da schrie Madame Grau. Fremde brauchten nicht zu
 wissen, was eine Gattin leiden muß. — — —
 (Fortsetzung folgt.)

Nr. 277.
 Abg.
 Die An-
 freie in fe-
 schaft müß-
 seiner Ver-
 feiert wird
 nicht, so la-
 nortung
 über man
 Scholle für
 und Kalife
 erklärt mei-
 wirtschaft
 Die Regie-
 folgen.
 Abg.
 Trimbol
 Landwirt
 den Ant
 frost verur-
 des Ueber-
 Realutabif-
 rungsbehar-
 Die Weltm-
 zur Veräu-
 werden.
 herbeigie-
 Kohlen bei
 Die fü-
 mie hatte
 Witterung
 ernieten K-
 Ernährung
 bede das
 mit ihrer
 Bemittelte
 Wirt hoffe-
 reiten.
 Unfen wir
 wir auf de-
 gerung de-
 halte die
 für so ern-
 ganze Ern-
 Ich rüch-
 zu verflüch-
 Wüdergehe-
 fraglich,
 aufrecht er-
 hohen Pre-
 Mehlkä-
 Balutastan-
 sie scheint
 Wirtschaft
 allzu schw-
 die Tende-
 bar. Wir
 fen Schw-
 Arbeiter.
 Behandlun-
 rife bewill-
 käumt hab-
 lität werde
 Entbehrun-
 es nicht be-
 in der stän-
 auswirkt.
 Sorgen na-
 nähigung
 schaft f-
 einer umf-
 wir sein G-
 Raab f-
 tag 1 Dr.
 tag in Dr.
 Berli
 Auf der
 durch beson-
 werden soll,
 mindestens
 Wähler u-
 Schiffer
 Schiebern
 mittel frei
 dem Verbr-
 Nach-
 Berli
 Betriebsräte
 Mehrheit
 bekanntlich
 die Bilanz
 zum Aufsch-
 abend beze-
 berung nicht
 Abstimmung
 den nicht
 Regieru-
 Berlin,
 Berliner W-
 lung des P-

Abg. Rahl (D.V.) stimmt dem Entwurf zu. Gerade in der letzten schweren Zeit müßte denjenigen geholfen werden, die in der Not der Zeit einmal gestraubt sind. Auch die Arbeiter der Deutsch-Nationalen Volkspartei sprechen sich für die Vorlage und Kommissionenberatung aus.

Minister Dr. Schiffer stellt fest, daß bis jetzt schon profunde Beratungen gemacht worden sind. Die Arbeiter hätten nur insoweit über die Vorstrafen Auskunft verlangt, als es mit der Sache vereinbar sei.

Die Vorlage wird an einen besonderen Ausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen und Antikontingente. Schluß 4 Uhr.

Berlin, 26. November.

Eröffnung der Sitzung 12 1/2 Uhr mittags.

Interpellationen.

Abg. Semmler (D.V.): In der Lage ist äußerst schwierig. Die Zwangsverwaltung fesselt den Produzenten. Er ist nicht frei in seinen Dispositionen. Die Grundlagen der Landwirtschaft müssen neu aufgebaut werden. Der Landwirt muß nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen und die Produktion gesteigert werden. Folgt die Regierung unseren Anregungen nicht, so lehnen die Vertretungen der Landwirte jede Verantwortung für den Zusammenbruch unserer Ernährung ab. Aber man will den Landwirt niederhalten; er soll von seiner Scholle herunter. (Lachen links, Weisfall rechts) Die Stoff- und Kraftfabriken müssen endlich zu lebenswichtigen Betrieben erklärt werden. Bei der Faltung der Regierung muß die Landwirtschaft allmählich zur extensiven Bewirtschaftung übergehen. Die Regierung muß für Saatgetreide und Saatkartoffeln sorgen.

Abg. Selb (Ztr.) begründet die Interpellation Trimborn wegen Forderung auf Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, und zugleich den Antrag Blume (Ztr.) wegen Milderung der durch den Frost verursachten Schäden an den Obstfrüchten. Die Gefahr des Übergangs zur extensiven Wirtschaft ist sehr groß. Die Produktionsmangel sind für uns nicht maßgebend. Die Weltmarktpreise können für uns nicht maßgebend sein. Bis zur Bergung der Obstfrüchte muß die Arbeitszeit verlängert werden. Güterzüge müssen die Kartoffeln in die Verbrauchsbezirke tragen. Die Stoff- und Kraftwerke müssen mit Kohlen beliefert werden im Interesse der Allgemeinheit.

Minister Schmidt:

Die für die Kartoffeln eingeleitete Schnelligkeitsprämie hatte keinen Erfolg wegen der Preissteigerung und Witterungsbedingungen. Ein guter Teil der noch ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern, dürfte für die Ernährung noch zu gebrauchen sein, da die starke Schneedecke das Ertrieren verhindert. Die Verkehrsbeschränkung mit ihrer bevorzugten Beförderung von Kohlen und Lebensmitteln hat nicht allen Anforderungen entsprochen. Wir hoffen, einen großen Teil der Zunderrüben noch zu retten. Um zu verhindern, daß sie verfaulen werden, müssen wir die Zunderpreise erhöhen. Die Futterernte hoffen wir auf der jetzigen Höhe erhalten zu können. Die Steigerung der Margarinefabrikation ist eine Kohlenfrage. Nach halte die Streikdrohungen der Landwirte noch immer nicht für so ernst, da ich kaum annehmen kann, daß wir unsere ganze Ernährung über den Haufen werfen wollen.

Ich richte an die Landwirte die Bitte, kein Brotgetreide zu verfußeln. Das Schiebertum wird hoffentlich im neuen Wucherergesetz wirksam bekämpft werden. Es scheint mir fraglich, ob wir im nächsten Jahre die Freieibe von Safer aufrecht erhalten sollen und können, da im Hinblick auf die hohen Preise jetzt plötzlich mehr Safer gebaut wird. Die Restkäufe im Ausland müssen wir bei dem Valutastand auf das geringste Maß beschränken. Vorläufig scheint mir die Gefahr eines Übergangs zur extensiven Wirtschaft nicht allzu groß zu sein. Wir brauchen nicht allzu schwarz zu sehen. Auch beim Viehstand macht sich die Tendenz eines wenn auch geringen Aufstieges bemerkbar. Wir werden bei Lösung der Landarbeiterfrage großen Schwierigkeiten zu begegnen haben. Die städtischen Arbeiter, die auf das Land gehen, verlangen anspruchsvolle Behandlung und Löhne. Die Landwirte wollen keine Löhne bewilligen. Es rächt sich jetzt, was die Landwirte versäumt haben. Der Kleinbesitz und Kleinbauern muß begünstigt werden. Das Siedlungsrecht soll dabei helfen. Die Entbehrungen der städtischen Bevölkerung sind so groß, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sich eine große Erbitterung in der städtischen Bevölkerung zeigt und sich auch praktisch auswirkt. Demgegenüber hat der Landmann von solchen Sorgen noch keine Ahnung. Die Grundlage unserer Ernährung muß vegetabilisch bleiben. Die Zwangswirtschaft kann noch nicht aufgehoben werden. Zu einer umfangreicheren Einfuhr aus dem Ausland haben wir kein Geld.

Nach kurzer Besprechung verlagert sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Lesung der Reichsabgabenordnung, Hungersnot in Deutsch-Oesterreich. Schluß 4 Uhr.

Gegen Wucher und Schleichhandel.

Berlin, 25. Nov. Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung nahm den Entwurf einer Verordnung gegen den Wucher und Schleichhandel, dem durch besondere Wuchergerichte scharf entgegengetreten werden soll, an. Für den Bezirk eines jeden Landgerichts soll mindestens ein Wuchergericht zur schnellen Aburteilung der Wucherer und Schieber errichtet werden. Reichsjustizminister Schiffer erklärte, daß dadurch, daß man den Wucherer und Schieber scharf zu Leibe geht, zweifellos Waren und Lebensmittel frei werden würden, die dann auf dem ordentlichen Wege zum Verbrauch zustoßen würden.

Nach keine Einigung zum Betriebsrätegesetz. Berlin, 25. Nov. (Privattelegramm.) Hinsichtlich des Betriebsrätegesetzes ist gestern eine Einigung unter den Mehrheitsparteien noch nicht erzielt worden. Es handelt sich bekanntlich um die Einsetzung der Betriebsratsmitglieder in die Aufsichtsräte und die Ausübung zweier Betriebsratsmitglieder zum Aufsichtsrat, welche Forderungen das Zentrum als zu weitgehend bezeichnet, während die Sozialdemokraten auf diese Forderung nicht verzichten zu können vorgehen. Die entscheidende Abstimmung soll heute erfolgen. Sollte eine Einigung inzwischen nicht erfolgt sein, so muß man mit Sicherheit auf eine Regierungskrise rechnen.

Berlin, 25. Nov. Die demokratische Fraktion trat, wie der Berliner Volksanzeiger meldet, gestern erneut zu einer Beratung des Betriebsrätegesetzes zusammen. Voraussetzungen waren

den die Demokraten verließen, die für heute Vormittag angeordnete Entscheidung der Abstimmung noch einmal hinauszuschieben, um auf einen Kompromiß hinzuwirken. — Nach der „Voll. Stg.“ ist die Sitzung des Betriebsräteauschusses der Nationalversammlung, in der die Abstimmung über die Vertretung des Betriebsrates als Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen werden soll, auf Mittwoch verlagert worden.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 25. Nov.

6. öffentliche Sitzung.

(Schluß.)

Die Interpellation über Maßnahmen gegen das Schiebertum

begründet

Abg. Schön (Dem.) Das Heresgut ist wogentweise verschwunden. Das heutige Schiebertum ist nur eine Art des Schiebertums im Kriege. Alles wird heute geschoben. Der Ausgang des Schiebertums ist die nackte Gemeinnützigkeit. Alle Maßnahmen müssen dagegen ergriffen werden. Rettung kann nur die moralische Gesundung bringen.

Abg. Marum (Soz.) bittet den diesbezüglichen Antrag einer Fraktion hier mitzubedenken. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, den sozialdemokratischen Antrag zu debattieren, jedoch nicht in der heutigen Sitzung über ihn abzustimmen.

Abg. Marum (Soz.)

begründet folgenden

Antrag

betr. Verschärfung der Strafen für Preiswucher, Schleich- und Kettenhandel und Nichterfüllung der Ablieferungsobligationen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, bei dem Reichsminister und im Reichsrat dafür einzutreten, daß die Strafen für Preiswucher, Schleichhandel und Kettenhandel und Nichterfüllung der Ablieferungsobligationen verschärft werden; insbesondere sollen die bestehenden Bestimmungen in folgenden Punkten geändert werden: Nicht nur beim Mißfallbeleidigt soll Bußhausstrafe zulässig sein, sondern bei allen gewerbsmäßig begangenen Straftaten und dann, wenn der Umfang des strafbaren Geschäftes 10 000 M. oder wenn der unerlaubte Gewinn mindestens 1000 M. beträgt. 2. In allen Fällen der Beurteilung wegen vorläufigen Preiswuchers, Schleichhandels oder Kettenhandels muß die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde zwecks Unterbringung im Arbeitshaus ausgesprochen werden. 3. Gegen denjenigen, der vorläufig, beharrlich und wiederholt seine Ablieferungsobligationen nicht erfüllt, soll als Strafe die Einziehung seines Vermögens oder eines Teils desselben zulässig sein. 4. Alle Straftaten des Preiswuchers, Schleichhandels, Kettenhandels und der Vergehen gegen wirtschaftliche Anordnungen, soweit sie nicht durch Strafbefehl erledigt sind, werden durch Sonderhöfengerichte abgeurteilt, welchen mindestens ein Richter der Klasse der Verbraucher angehören muß.“

Es handelt sich darum, wie wird man der Deilike des Schiebertums Herr. Unser Antrag will den Weg hierzu zeigen. Ich bin der Auffassung, daß wir es hier mit einer wirtschaftlichen Entscheidung zu tun haben, der man mit einer kriminellen Bekämpfung allein nicht Herr werden kann. In der französischen Revolution wurde selbst die Guillotine des Schiebertums nicht Herr. Nehlich liegt es heute in England. Durch harte Strafen wollen wir vor allem die schlimmsten Auswüchse eindämmen. Vollen Erfolg bewirkt nur das Ausschließen des Schiebertums. Vor allem muß jedoch die Vorurteilung aufgehoben werden: die wirtschaftliche Not. Dann ist der Schieber auch nur ein Verdinglichter zwischen dem Stand, der ihm die Waren abnimmt und dem Stand, der sie ihm verschafft und allesamt trifft die Schuld. Es freut mich, daß die neuerliche Verschärfung der Verbordnungen der Reichsregierung auf unsere süddeutschen Wünsche basieren. Lob für die Bekämpfung des Schiebers und Wuchertums gebührt unserer Staatsanwaltschaft, dem Landespräsidenten und den Richtern. Die Strafen reichen nicht aus. Die entbehrliche Justizstrafe ist am Platze. Vor allem gegenüber den großen Schiebern. Es handelt sich weniger um die kleinen Schieber als um die großen Schieber, die die Waren verteuern. Der schwere Preiswucher begangen hat, gehört ins Arbeitshaus, eher als derjenige, der einmal aus Not gehandelt hat. Weiter dürfte die Einziehung des Vermögens abschreckend wirken. Sie richtet sich nicht gegen denjenigen, der einmal sich betrieht, sondern der beharrlich der Ablieferungsobligation zumbröckelt. Solange sich die Wirtschaft und der Geist der Menschen nicht ändern, wird es nicht besser. Erst wenn an Stelle des Wortes Profit das Wort Solidarität tritt, wird es anders. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Memmel: Der Schleichhandel ist eine Krankheit der Zeitverhältnisse. Wir müssen uns deshalb vor allem bemühen, daß kein Zusammenbruch des Volkes wegen des Schiebertums eintritt. Die Zahl der bisher aus dem Handel ausgeschlossenen Personen beläuft sich auf viele Hunderte. Wir sind bei der Reichsregierung vorstellig geworden, um gegen sämtliche Ablieferer und gegen das Schiebertum scharfer vorgehen zu können. Der Wert der im Oktober von den Rühndern beschlagnahmten Lebensmittel wußte betrug 600 000 M. Wir sind bemüht, die Eisenbahn zur Unterstützung in der Bekämpfung des Schiebertums zu gewinnen. Wenn eine wirksame Bekämpfung eintritt, muß die Bevölkerung selbst mitsprechen durch Anzeigens uß. Vor allem dürfen den Fahndungsbeamten keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Justizminister Trunk weißt darauf hin, daß alles getan wurde, um die Strafverfolgung des Schiebertums straf vorzunehmen. Eine Reihe weiterer Staatsanwaltschaften werden zur Bekämpfung des Schiebertums geschaffen. Die Einrichtung von Wuchergerichten beruhen wir und würden ihre baldige Einführung. Die neuerliche Reichsverordnung geht nicht ganz so weit als der vorliegende sozialdemokratische Antrag, doch steht auch sie Justizstrafen und Wuchergerichte vor. Vor allem läme ein Wuchergericht beim Amtsbezirk Vörrach in Kraae. Das Justizministerium ist bereit, die Durchführung der Reichsverordnung vor allem dadurch zu sichern, daß wir energische Richter dafür bestellen.

Abg. Straub (Ztr.) weist vor allem auf die Noche Sudt nach Geld und nach unerwünschter Gemeinnützigkeit als Ursache des Schiebertums hin. Man darf nicht verkennen, daß es auch öffentliche Funktionen gibt, die sich nicht an die Verbordnungen halten. Mit Kriminalstrafen allein kann das Schiebertum nicht bekämpft werden. Doch wird es durch deklamatorische Strafen eingeengt. In der Einsetzung von Sondergerichten zeigt sich ein gewisses Mißtrauen gegen die bestehenden Gerichte. Wucherer und Schieber verlangen jedoch außerordentliche Maßnahmen. Der Verkehr der Ausländer im deutschen Reich sollte besser überwacht werden: Hierunter sind viele Schieber vorhanden.

Abg. Dr. Lese (Dem.) Ist es für am Platze, gegen das Schiebertum auf Justizstrafen zu erkennen. Bei den

Schiebern handelt es sich vielfach um arbeitsfähige Elemente, die man ins Arbeitshaus bringen kann. Doch soll dies vom Gericht erkannt werden, nicht von Verwaltungsbehörden. Dagegen kann ich einer obligatorischen Ueberweisung ins Arbeitshaus, wie es der sozialdemokratische Antrag will, nicht zustimmen. Anstelle der Einziehung der Vermögen wären Mindestgeldstrafen am Platze, wie sie Herr Straub wünschte. Ebenso wie Kollege Straub habe ich Bedenken gegen Sondergerichte. Beim begangenen Werke der Verstärkung der Staatsanwaltschaften muß fortgesetzt werden. Besonders schädlich beim Schiebertum wirkte das Erlassen allgemeiner Amnestien, da hierdurch das Rechtsgefühl geschwächt wird. Es ist bedauerlich, daß die Anwälte diesen Verbrechern ihren Beistand leisten. Das Studium des Inferententils der großen Presse könnte zahlreiche Schieber entlarven.

Justizminister Trunk betont, daß auch er sich gegen eine allgemeine Amnestie wenden würde; event. müssen Einzelbegnadigungen vorgenommen werden. In der Tabakfrage haben wir den Staatsanwaltschaften Befugnisse gegeben bis zur Klärung des Bremer Abkommens von Strafanträgen abzusehen. Der sozialdemokratische Antrag wird dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen. Schluß der Sitzung: 7.50 Uhr.

7. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 25. November.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.

Fortsetzung der Beratung von

Maßnahmen gegen das Schiebertum.

Abg. Spang (Ztr.) wünscht Kontrolle der Schnellzüge bei Basel, in denen viele Schieber verkehren.

Abg. Fischer-Lahr (D.V.) meint, man sollte mehr keine Ordnungstrafen verhängen, statt durch horrende Strafen der Landwirtschaft das Blut völlig zum Sieden zu bringen. Den Wuchergerichten sollten Anwälte beigegeben werden, damit es nicht so geht, wie der altehrwürdige Adolf Oet schilberte. (Heiterkeit.) Das im Artikel des „Volksfreund“ erwähnte Schwein, wegen dem man mir, dem Bürgermeister von Meisenheim, Vorwürfe machte, stammte aus einer Hauschlachtung. Ich trat den Beamten in höflicher Form gegenüber und bat sie, den Leuten das Hochzeitsfest nicht zu verderben. Dies war alles. Die Ausländer sollten die Bilette in Franken lösen. Wenn wir Preise für den Tabak festsetzen, müssen auch Höchstpreise für die fertige Ware angesetzt werden. Wenn wir unsere Wünsche nicht durchsetzen können, so soll man das hohe Haus schließen. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Seubert (Ztr.), Spang (Ztr.), des

Ministers Memmel, der darauf hinweist, daß sich die Möglichkeit der Einreise von Ausländern zu geschäftlichen Zwecken nicht so leicht unterbinden läßt, wogegen die Regierung die Anfertigung von ausländischen Schiebern hintertreibt und vom Ausweisungsrecht reichlich Gebrauch mache, des Justizministers Trunk, der betont, daß die Gerichte streng zwischen Vergehen und böswilliger Handlung unterscheiden und bei Beamtengehörungen von der Regierung streng vorgegangen wird, der Abg. Fischer-Lahr (D.V.), Abg. Schöffle (D.V.),

Abg. Rausch (Soz.), der sich gegen ein zu niedriges Strafmaß wendet, da bei den heutigen Geldverhältnissen eine Strafe von 20 M. eine Prämie für Gesetzesumgehung bedeutet, wird nach kurzem Schlußwort des Abg. Dr. Lese (Dem.), der im Strafmaß zwischen wissentlichen Vergehen und Fahrlässigkeit unterscheiden wissen möchte und des Abg. Maier (Soz.), die Beratung der Interpellationen geschlossen und der sozialdemokratische Antrag der Verwaltungskommission überwiesen.

Verkehr mit Tabak.

Abg. Fischer-Lahr (D.V.) begründet seinen Antrag für Baden, unbestimmt um die Reichsvorschrift, den Tabak der 1918er Ernte freizugeben und für den vor der Detag abgenommenen Tabak einen Erzeugerpreis festzusetzen, welcher dem Preis des Fertigfabrikats entspricht, da selbst die beim freien Verkauf bezahlten Preise in keinem Verhältnis zu den Zigarettenpreisen stehen. Unter heutigen Verhältnissen ist eine Gesundung unmöglich und kann auch das Schiebertum nicht wirksam bekämpft werden.

Abg. Hegelmayer-Bruchsal (Ztr.) begründet seinen Antrag, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Beschlagnahme des Tabaks der 1918er Ernte sofort aufgehoben wird.

Abg. Marum (Soz.): Ich bin weder Tabakbauer noch Tabakfabrikant, bin auch nicht bestochen — jedoch Tabakkonsument (Heiterkeit). Und da meine ich, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, die Bewirtschaftung des Tabaks aufzugeben. Die Tabakpflanzler hätten keinen Vorteil davon; doch würden die Zigaretten teurer werden. Es handelt sich hier nicht um eine Zwangswirtschaft, sondern um eine freie Vereinbarung aller beteiligten Kreise, um das Bremer Abkommen. Die Vereinbarungen wurden von allen, auch den Pflanzberbetretern, darunter Herrn Fischer, getroffen. Aus dem Vorgehen des Herrn Fischer sieht man, mit welcher Energie er für die von ihm getroffenen Vereinbarungen eintritt. (Heiterkeit.) Aus dem Preise für unvernorenen Tabak läßt sich nicht auf den Preis der Zigaretten schließen, weil dazwischen sehr viele Zwischenprodukte liegen. Vor dem Kriege wurde für Tabak 38 M. gezahlt und heute 500 M. Die Tabakbauer erhalten also heute einen sehr angemessenen Preis. Die Tabakbewirtschaftung beruht auf freier Vereinbarung und diese muß eingehalten werden. Die Pflanzler handeln sehr wenig vaterländisch, wenn sie die Notlage unserer Valuta zu weiterer Preiserhöhung auszunutzen versuchen. Würde die Vereinbarung aufgehoben, so würde der Preis steigen; es würde noch mehr Tabak angepflanzt werden und die Anbaufläche für Körnerfrüchte würde zurückgehen. Wer kann dies wünschen? Weiter würde wohl ein Teil der Tabakpflanzler durch Schleichhandel eine Zeitlang viel Geld verdienen; dann käme jedoch ein Preissturz, weil der reelle Handel sich weigern würde, den Tabak zu so hohen Preisen zu übernehmen. Es wäre deshalb nützlich, wenn sich die Pflanzler mit dem angemessenen Preis von 500 M. begnügen und bei ihren Vereinbarungen bleiben. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes dient daher auch im Interesse der Arbeiter, damit nicht die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern weiter steigt. Das Abkommen sollte deshalb von allen Kreisen gehalten werden; wir können daher der Aufhebung der Bewirtschaftung des Tabaks nicht zustimmen.

Abg. Neel (Dem.) betont, daß man nicht sagen könne, das keine Verlangen sei wenig vaterländisch. Man muß auch feststellen, um wieviel Prozent die Zigaretten gestiegen sind. Die Tabakpflanzler haben das Abkommen gehalten. Weil die Höchstpreise für Zigaretten nicht eingehalten wurden, verlangen wir Preisrückgang des Tabaks. Der größte Teil meiner Freunde wird deshalb dem Antrage zustimmen.

Abg. Hegelmayer-Bruchsal (Ztr.) tritt ebenfalls für Freigabe des Tabaks ein. Die Zigarettenarbeiter machen heute ein sehr arbes Geschäft, wenn sie auch weniger verkaufen als im Frieden.

Abg. Schöffle (D.V.) erinnert daran, daß im vorigen Jahr 150 000 Zentner Tabak verkauft wurden. Der Preis im freien Handel betrug 1200 bis 1400 M., während der Ablieferung

preis 150 M war. Die Differenz ging dem badischen Staat verloren. Deshalb verlangen wir Aufhebung der Bewirtschaftung.

Minister Kemmele weist darauf hin, wie das Bremer Abkommen entstand. Im allgemeinen sind die von den Pflanzern vorgebrachten Beschwerden über die Spannung in den Preisen begründlich.

Zustizminister Kraus teilt mit, daß mit den strafrechtlichen Verfolgungen gewartet wird, bis die Sache mit dem Bremer Abkommen geregelt ist.

Abg. Schäffer (Dem.) tritt ebenfalls für die Freigabe des Tabaks ein.

Abg. Weishaupt (Str.) meint, daß die Zwangswirtschaft beim Tabak nicht geklappt habe.

Abg. Gothein (Dem.) weist auf die ungeheure Einfuhr von Zigaretten hin. Der Preis des Fertigfabrikates richtet sich nach dem Konium.

Im Schlußwort teilt Abg. Fischer-Lohr (Dtsch.-Natl.) mit, daß seine Fraktion dem Antrag der Freigabe des Tabaks von 1918 zurückzuziehen und den Zentrumsantrag auf Freigabe des Tabaks für 1919 unterstützen wird.

Nach kurzem Schlußwort des Abg. Biegemeyer-Bruchsal (Zentr.) wird der Zentrumsantrag, bei der Reichsregierung auf sofortige Freigabe der Tabakernte für 1919 hinzuwirken, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Wittenmann (Str.) berichtet namens der Kommission über den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Landtagsabgeordneten.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Abg. Großhans (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung möge für Obstmoß einen für das ganze Jahr geltenden Höchstpreis für den Handel und den Konsum festsetzen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoß.

Unter Antrag soll dem Zucker mit Obstmoß vorgegangen werden, unter das Hausgeräth des kleinen Mannes zu verstehen ist, ist es nun Obstmoß oder Obstwein genannt.

Minister Kemmele teilt mit, daß gemäß Verordnung der Preis für Obstmoß im Handel auf 80 Pfg. im Weiterverkauf auf 1 M., im Ausschank auf 1.40 M. festgesetzt wurde.

Abg. Biernebel (Str.) meint, daß der Preis für Obstmoß zu niedrig angesetzt wurde.

Abg. Weid (Dem.) bezeichnet es als richtig, daß wenig Obst zu dem festgesetzten Preise geliefert wurde.

Abg. Spang (Zentr.) weist darauf hin, daß bei niedrigen Obstmoßpreisen viel Obstmoß in den Wein kommt.

Abg. Herle (Dtsch.-Natl.) erwähnt, daß in den übrigen Bundesstaaten keine Höchstpreise für Obstmoß bestehen.

Minister Kemmele teilt gegenüber dem Abg. Spang mit, daß nur ein ganz geringes Obstmoßquantum von der Landwirtschaftskammer geliefert wurde.

Im Schlußwort weist Abg. Großhans (Soz.) darauf hin, daß in dem ausgeschriebenen Obst ein beträchtliches Quantum Wasser enthalten ist.

Der sozialdemokratische Antrag auf Obstmoß-Höchstpreise im Einflang mit den Obstpreisen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Mitglieder des Zentrums und der Demokraten abgelehnt.

Verständlich sei hier erwähnt, daß Abg. Kreuzenberger (Dem.) von 518 000 000 M. Leber- und Säureeinfuhr sprach.

Die Tagesordnung: Anwesenheiten und Gesetzentwürfe. Schluß der Sitzung: 1.05 Uhr.

Der Verfassungskonflikt des badischen Landtages war gestern zu seiner Entscheidung zusammengetreten.

Die Verfassungskonfliktkommission setzte zur Überprüfung der eingehenden Bücher eine Unterkommission ein.

Im Beschlusse der Kommission sollen hinfort noch aufgelegt: „Kölzzeitung“ (Heidelberg), „Freiheit“ (Berlin), „Tribüne“ (Mannheim), „Soz. Republik“ (Karlsruhe), „Freie Presse“ (Herrnhut).

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

jeines Geheimnisses, welches den wirtschaftlichen Aufstieg und die Neubelebung unseres ganzen Volkes in sich schließt.

Die Differenz zwischen Obst und Obst ist zu hoch. Es wurde immer mehr klar, daß mit dem Obst ein ziemlich starker Zucker getrieben wurde.

Minister Kemmele teilt mit, daß gemäß Verordnung der Preis für Obstmoß im Handel auf 80 Pfg. im Weiterverkauf auf 1 M., im Ausschank auf 1.40 M. festgesetzt wurde.

Abg. Biernebel (Str.) meint, daß der Preis für Obstmoß zu niedrig angesetzt wurde.

Abg. Weid (Dem.) bezeichnet es als richtig, daß wenig Obst zu dem festgesetzten Preise geliefert wurde.

Abg. Spang (Zentr.) weist darauf hin, daß bei niedrigen Obstmoßpreisen viel Obstmoß in den Wein kommt.

Abg. Herle (Dtsch.-Natl.) erwähnt, daß in den übrigen Bundesstaaten keine Höchstpreise für Obstmoß bestehen.

Minister Kemmele teilt gegenüber dem Abg. Spang mit, daß nur ein ganz geringes Obstmoßquantum von der Landwirtschaftskammer geliefert wurde.

Im Schlußwort weist Abg. Großhans (Soz.) darauf hin, daß in dem ausgeschriebenen Obst ein beträchtliches Quantum Wasser enthalten ist.

Der sozialdemokratische Antrag auf Obstmoß-Höchstpreise im Einflang mit den Obstpreisen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Mitglieder des Zentrums und der Demokraten abgelehnt.

Verständlich sei hier erwähnt, daß Abg. Kreuzenberger (Dem.) von 518 000 000 M. Leber- und Säureeinfuhr sprach.

Die Tagesordnung: Anwesenheiten und Gesetzentwürfe. Schluß der Sitzung: 1.05 Uhr.

Der Verfassungskonflikt des badischen Landtages war gestern zu seiner Entscheidung zusammengetreten.

Die Verfassungskonfliktkommission setzte zur Überprüfung der eingehenden Bücher eine Unterkommission ein.

Im Beschlusse der Kommission sollen hinfort noch aufgelegt: „Kölzzeitung“ (Heidelberg), „Freiheit“ (Berlin), „Tribüne“ (Mannheim), „Soz. Republik“ (Karlsruhe), „Freie Presse“ (Herrnhut).

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Der Gesetzentwurf für die Landwirtschaftskammer soll alsbald zur Beratung gelangen.

Aus der Partei.

Grüningen, 25. Nov. kommenden Freitag, 28. November, findet der bereits schon angelegte Vortrag von Genosse Arbeitsminister Müller im „Laden“ statt.

a. Ehenrot, 24. Nov. letzten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, fand im Gasthaus „zum Orsch“ eine öffentliche Volksversammlung statt.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater.

Zum ersten Mal: Femina, Lustspiel in 3 Akten von van Noijen und Soesmann.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Da Holland fand, durfte man mehr erwarten.

Badische Politik.

Deutschnationale Richtlinien.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Dem „Badischen Beobachter“ flog ein Schriftstück aus der Feder des deutschnationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling auf den Tisch.

Kleine Nachrichten.

München-Gladbach, 26. Nov. Der Gemeinde-Ausschuß beschloß einstimmig die Vereinigung der vier Städte München-Gladbach, Rheinb., Oberkirchen und Rheinb., sowie von vier Landgemeinden zu einer Gruppe.

St. Gallen, 26. Nov. Der St. Gallener Ständerat Heinrich Scherrer starb gestern im Alter von 72 Jahren.

Paris, 26. Nov. Wegen Kohlenmangels wurden in Paris alle Tauschbörse bis auf weiteres verboten.

Paris, 26. Nov. Der bekannte Sportsmann Henry Deutscher Begründer des Touring Clubs und Präsident des französischen Aeroklubs, ist gestorben.

Montreal, 26. Nov. Die drei Hauptgebäude der Unterwelt von Avala sind durch eine Feuersbrunst, die durch Unachtsamkeit eines Weinhändlers entstanden war, einäschert worden.

Londen, 26. Nov. Es wird mitgeteilt, daß die a. und a. Mächte nunmehr genügend ausdehnende Unterlagen für die Strafverfolgung des ehemaligen deutschen Kaisers zur Hand haben.

Gienagen, 26. Nov. Die Arbeiterpartei hat eine Petition in Umlauf gesetzt, in der sie vom Kongreß verlangt, daß der Redner, der der Arbeiter des Verbots der Streiks der Arbeiter benachteiligt war, unter Anklage gestellt werde.

Gienagen, 26. Nov. Die Arbeiterpartei hat eine Petition in Umlauf gesetzt, in der sie vom Kongreß verlangt, daß der Redner, der der Arbeiter des Verbots der Streiks der Arbeiter benachteiligt war, unter Anklage gestellt werde.

Gienagen, 26. Nov. Die Arbeiterpartei hat eine Petition in Umlauf gesetzt, in der sie vom Kongreß verlangt, daß der Redner, der der Arbeiter des Verbots der Streiks der Arbeiter benachteiligt war, unter Anklage gestellt werde.

Gienagen, 26. Nov. Die Arbeiterpartei hat eine Petition in Umlauf gesetzt, in der sie vom Kongreß verlangt, daß der Redner, der der Arbeiter des Verbots der Streiks der Arbeiter benachteiligt war, unter Anklage gestellt werde.

Telegramm!

Karlsruhe, Meßplatz Groß-Zirkus Henny-Schau

Eröffnung 29. November, abends 1/8 Uhr
Eigener, transportabler, geheizter Winter-Holzbau
Das Riesen-Weltstadt-Programm:
Völker-Schau, Artisten, Araber, Mohamedaner, schwarze Karawantruppen, Löwen usw., edles Pferdmaterial.
Vorverkauf: Zigarrenhaus Pfeiffer, Marktplatz.
Beachten Sie Freitag-Inserate.

Zahlungs-Aufforderung.

Das zur Zahlung verfallene Schulgeld für das 1. Dritteljahr 1919/1920 für die
Goethe-Schule, Dumbold-Schule, Ober-ealschule, Realschule, Pflanzschule, Lehn-Schule, Handelsschule, Herbstklasse, Herbst, sowie für das 2. Dritteljahr 1919/1920 für die Gewerbeschule, 4. (Freiwillige) Klasse, Handelsschule, Osterklasse und Fortbildungsklasse u. Handelsschule, Herbstklasse, Oster, ist bis spätestens 10. I. Mts. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.
Nach Ablauf dieser Frist hat der Schuldner die in dem Schulgeldforderungsmittel angegebene Verfügungsbildung zu bezahlen, außerdem müßte gegen die fälligen Schulden Zwangs Vollstreckung angeordnet werden.
Karlsruhe, 24. Nov. 1919.
Schulklasse.

Kragen -Wäscherei Schorpp

liefert in 8 Tagen
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 243,
Gerwigstrasse 46,
Amalienstrasse 15,
Waldstrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustastrasse 13,
Schillerstrasse 18,
Kaiserstrasse 37,
Gabelbergerstrasse 1.
Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Sie sparen Geld,
wenn Sie
Pelse, Muffe
Plüsch-
Garnituren
in
Daniels
Konfektions-Haus
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
kaufen.
Keine Ladenspesen.

Gitarre

billig abgegeben. 8254
H. Keller, Süßstr. 20.

„Selbsthilfe“

Vereinigung der aus hilfsweise Angestellten
(eingetragener) Karlsruhe.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich
Hirschstraße Nr. 1, parterre
und ist an 8261
Montagen nachmittags v. 1 bis
7 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Kathol. Gesellenverein Karlsruhe

Donnerstag, 30. November, abends 7 1/2 Uhr,
im Gesellenhaus, Söthenstraße, 58. Theater-Ansichtnahme.

„Die unterirdischen Mühlen“

Kartenverkauf bei Dorer und Döbler und an
der Ober-Kasse.
I. Platz mit Steuer 2.— Mk.
II. „ „ „ 1.50 „
III. „ „ „ —.80 „

Den Haushaltungsplan der Handwerkskammer Karlsruhe

hier
Umlage-Nachtrag für das Geschäftsjahr 1919/20 betr.

Nach dem vom Landesgewerbeamt genehmigten Nachtrag zum Haushaltungsplan der Handwerkskammer Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1. April 1919/20 beträgt der durch Umlagen aufzubringende Kostenbetrag 86 500 M. und die Umlage auf eine Betriebs-einheit 2.— M. Von den Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe sind von diesen Kosten 8042 M. aufzubringen, welcher Betrag diesseits auf die einzelnen Gemeinden unseres Amtsbezirks gemäß § 7 Abs. 2 der Verordnung vom 30. Nov. 1906 (Ges. u. V.O. Bl. S. 656) verteilt wurde. Die Verteilungsübersicht kann auf dem Bezirksamt — Zimmer 43 — sowie auf den Rathhäusern der Gemeinden von jedermann eingesehen werden. D. S. 304
Karlsruhe, den 14. November 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion. 8239

Die Abwidlungsstelle des Infanterie-Regiments Nr. 113 verfügt über beschränkte Mittel aus milden Stiftungen, welche als Beihilfen für frühere Angehörige des Regiments, die den Feldzug 1870/71 bezw. 1914/18 im Regiment mitgemacht haben und sich in äußerst bedrängter Lage befinden, aufgewendet werden sollen. 8240
Auch Hinterbliebene solcher können Beihilfen erhalten.
Entsprechend begründete Gesuche sind spätestens bis zum 30. November ds. Jrs. bei uns einzureichen.
Karlsruhe, 25. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Sehr günstiges Angebot!
Diese Woche, ab 29. ds. Mts.
Eingang in fertigen

Wlster

zweireihig, Quetschfalten
in blau und schwarz
Reklamepreis Mk. 185.—.
Nur so lange Vorrat.

L. Brotz

18 Marienstraße 18, parterre
Telephon 3950.

Anielingen. Jagd-Verpachtung.

Die Gemeinde Anielingen verpachtet am
Mittwoch, den 3. Dezember d. J. nachm. 1/4 Uhr
die Ausübung der Jagd auf der Gemarkung für wei-
tere 6 Jahre und zwar 8 Jagdbezirke. Der 1. Jagd-
bezirk umfaßt 804 Hektar, der zweite 524 Hektar, der
dritte 702 Hektar. Bemerkung wird noch dabei, daß auf
allen drei Jagdbezirken der Wildentjagd nachgestellt
werden kann. 8219
Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen,
welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder durch ein
schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde (in Baden
Bezirksamt) nachweisen, daß gegen die Erteilung
eines Jagdpasses keine Bedenken bestehen.
Anielingen, den 24. November 1919.
Der Gemeinderat.

Herren-Hüte werden modernisiert gebügelt, gereinigt u. gefärbt in der Herrenhut-Reparaturwerkstätte von Alfred Günther Zähringerstr. 59, beim Marktplatz. Telefon 3036 Reelle Preise — Gute Bedienung.

Stenotypisten und Maschinenschreiber für sofort und später gesucht. Es kommen nur wirklich erste Kräfte für die Posten in Frage. 8255

Städt. Arbeitsamt, kaufm. Abteilung, Kaiserstraße 145, Eingaang Lammstr.

Gesucht werden tüchtige, gewandte Einlegerinnen für Buch- und Steindruck Falzerinnen sowie gelernte Hilfsarbeiterinnen für Druckerei 8181

Städtisches Arbeitsamt Zähringerstr. 100 Zimmer Nr. 11

Sicherste Kapitalanlage

ist Kauf eines guten Zinshauses

Kafanenstr.	2x3 Zimmer-W.	Berkfläche	Mk. 23 000
Luisenstr.	4x3		34 000
Schützenstr.	2u3		40 000
Luisenstr.	4x3		42 000
Pariserstr.	4u2		44 000
Luisenstr.	3x4	Laden	45 000
Carlsackerstr.	2x3		48 000
Amalienstr.	3x4	Berkfläche	48 000
Schützenstr.	3x4	Laden	48 000
Göthestr.	2x3		48 000
Adamieststr.	4x5		50 000
Dumboldstr.	2x3	Laden	62 000
Schützenstr.	4	Berkfläche	68 000
Schützenstr.	3x4	Lad. Berkf.	70 000
Werderstr.	2, 3 u. 4		80 000
Brühlstr.	7x3	Elektr. Licht	80 000
Geranienstr.	7x3		87 000
	8x3		90 000

M. Busam, Liege-Schäfts-Büro
Derenstraße 84. 8203

Email-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 6814 Geschirr-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 3., im Hof. Telefon 1421.

Haus, Hof und Garten reinhalten
von Mäusen und Ratten, ist gerade jetzt Selbstverpflichtungs-
pflicht und geschieht am besten und sichersten von
„Pestau und Tifan“. Beide Artikel sind hergestellt
unter Kontrolle der obdenburgischen Landwirtschafts-
kammer, sind auch für Kanarienvogel, Bienen usw. viel-
fach erprobt. In ihrem eigenen Interesse müssen
Sie „Pestau und Tifan“ in Ihrer Drogerie ver-
langen, oder wo nicht vorräufig direkt von: General-
vertreter für Baden 7203
G. Fauth, Mannheim, Heinrich-Lanzstr. 5.

Einen guten Fang



macht jedermann
der seinen Bedarf in
Messer u. Stahl-
waren jeder Art deckt, wo dieselben auch sach-
männlich geschliffen u. repariert werden können.
Karl Hummel, Werderstr. Nr. 14, Tel. 1547.

Badisches Landes-Theater. Femina.

Donnerstag, den 27. November 1919. 8257
Ein psychopathisches Lustspiel in 3 Akten von Rossem
und Soosmann. Deutsch von Else Otten.
Anfang 7 Uhr. (M. Pr.) Mk. 5.20

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Freitag, den 29. No-
vember bis Montag, den 1. Dezember 1919, in den
Reitverkaufsstellen Nr. 112 bis Nr. 116 einschließ-
lich an die dort eingetragene Kundschaft gegen die
Warenkarte J Nr. 126.
Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 1.20 für das Pfund.
Karlsruhe, den 26. November 1919. 8260
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kaufe und Verkaufe fortwährend

getragene Herren- u. Damenkleidungs-
stücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren,
Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente,
Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art,
Nähmaschinen, Kinderwagen,
u. s. w.
Geht Angebote erbitte!
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52. Tel. 8747. 8268

Offenburger Anzeigen.

Beglaubigung der Renten-Quittungen.

Die vierteljährliche Beglaubigung der Quittungen
der Invaliden, Alters-, Witwen-, Waisen-, Unfall- u. s. w.
Rentenempfänger findet künftig nicht mehr auf der
Polizeiwache sondern bis auf Weiteres im städt.
Lebensmittelamt — Zimmer 4 — Kartenausgabe-
stelle — (Eingaang Fischmarkt) statt.
Für die bevorstehende Beglaubigung am 1. De-
zember empfehlen wir den Rentenempfängern, ihre Qui-
ttungen bereits am Samstag, den 29. ds. Mts., im
genannten Geschäftsnummer (geöffnet vonmittags 8—12
und nachmitt. 1—5 Uhr) abzugeben, damit die fertigen
Quittungen im Laufe des Montag ohne Aufenthalt
entgegengenommen werden können. Wer die Quittung
am Montag erst abgibt muß mit Aufenthalt rechnen
bzw. später wiederkommen. 8262
Offenburg, den 26. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Obstweinhöchstpreise.

Für Obstwein (Kessel- und Birnenwein und deren
Mischung) des Jahresanges 1919 und der früheren Jahre-
gänge gelten folgende Höchstpreise:
a. bei Verkauf durch den Hersteller an den Handel
und an den Verbraucher 80 Pfa. für den Liter
(ausschließlich Weinsteuer, einschließlich Umlage-
steuer).
b. bei Weiterverkauf im Handel 1 Mk. für den
Liter (ausschließlich Weinsteuer, einschließlich Umlage-
steuer).
c. bei Verarbeitung im Verkauf 1.40 Mk. für den
Liter (einschließlich Wein- und Umlagesteuer).
Zu widerhandlungen werden mit Weingeld bis zu
1 Jahr und mit Gefängnis bis zu 10 000 Mk. oder
mit einer dieser Strafen belegt. 8263
Offenburg, den 24. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Lebensmittelversorgung.

Ab Donnerstag wird verkauft:
ausf. Hasenrühre: Kopfmenge 50 Gramm (1 Pfund
Mk. 1.75) gegen die Lebensmittelkarte A 100
Wärmelade: 12 Gramm (1 Pfund Mk. 1.30) gegen
die Lebensmittelkarte M 161
Margarine: 100 Gramm (1 Pfund Mk. 4.90) gegen
die Lebensmittelkarte K 37 in allen Reitverkaufsstellen.
Offenburg, den 26. November 1919. 8264
Städt. Lebensmittelamt.

Säuglings- und Kinderfürsorge.

Die Ausgabe der Karten für Kinder unter 2 Jahren
für die Verlorengeit vom 26. November bis 24. De-
zember findet statt
Donnerstag, den 27. November
auf dem Lebensmittelamt Zimmer Nr. 1.
Offenburg, den 26. November 1919. 8211
Städt. Lebensmittelamt.